

# Bolschewistische Unversöhnlichkeit

Der Brief des Genossen Stalin gegen die trotzkistischen Fälscher der Geschichte des Bolschewismus hat gezeigt, daß das bolschewistische Zentralkomitee der KPSU mit dem Genossen Stalin an der Spitze und die Gesamtpartei mit eiserner Unversöhnlichkeit der Entschlossenheit das Eindringen jeglicher Tendenz einer versöhnlichen Duldbarkeit, eines faulen Liberalismus gegenüber den rechten Opportunisten und Trotzkisten in die Reihen der KPSU verhindert haben. Die bolschewistische Partei bietet allen kommunistischen Parteien das Beispiel, wie sie den schonungslosen Kampf gegen konterrevolutionäre trotzkistische und rechtsopportunistische Schmuggelgeister verbindet mit einer großen Disziplin zur weiteren Hebung des theoretischen Niveaus der gesamten Parteimitgliedschaft. Diese Entfesselung großer Energien an der theoretischen Front steht in enger Wechselwirkung mit der begeisterten Arbeit der proletarischen Millionen an der sozialistischen Aufbaufront, wo das vierte und letzte Jahr des siegreichen Fünfjahresplans begonnen hat.

Der Brief des Genossen Stalin hat auch in der gesamten deutschen Mitgliedschaft großen Widerhall gefunden. Durch unsere Partei geht eine Mobilisierung der Kräfte, selbstkritisch die gesamte bisherige Parteiarbeit zu überprüfen und die Verbesserung der revolutionären Praxis durch die Hebung des allgemeinen ideologischen Niveaus der Parteimitgliedschaft zu sichern. Dabei nehmen wir die praktische Anwendung des Briefes des Genossen Stalin, insbesondere bei der Herbeiführung der Rolle unserer Partei und dem Kampf gegen die „linke“ Gesundheits-Filliale des Sozialfaschismus in Angriff. Der Artikel des Genossen Thälmann im Dezemberheft der „Internationale“ stellt die wichtigsten Fragen unserer deutschen Parteiarbeit.

Die deutschen Kommunisten und die gesamte revolutionäre Arbeiterklasse muß im Sinne des achten Internationalismus aus dem Kampfe der KPSU lernen, daß alle Parteieinheiten ihre Praxis mit einer ersten Durchsicht der revolutionären Theorie verbinden müssen, daß sich die gesamte Partei mit dem Marxismus-Leninismus bewaffnen muß, daß in der wachsenden Unversöhnlichkeit der bolschewistischen Partei die Garantie ihres siegreichen sozialistischen Aufbaues nach dem Oktoberfest liegt.

# Heroischer Arbeitseнтуhusiasmus

Vorbereitungen zur 17. Parteikonferenz KPSU

Moskau, 12. Januar. (Eig. Bericht.) Im Donetzgebiet hat eine gewaltige Kampagne eingesetzt, um bei der 17. Parteikonferenz Bericht zu können, daß der Beschluß des ZK der kommunistischen Partei der Ukraine, wonach täglich 140 000 Tonnen Kohle gefördert werden sollen, durchgeführt ist. In allen Schächten finden Belegschaftsversammlungen statt, in welchen diejenigen Betriebe aufgeführt werden, die infolge heroischen Arbeitseнтуhusiasmus die Pläne überholt haben.

Zum Beispiel beschlossen die Bergarbeiter des Schächts Moskwa im letzten Jahre des Fünfjahresplans 117 000 Tonnen Kohle zu fördern, im nächsten 140 000 Tonnen zu fördern. Schacht 7 hat die im Jahresplan vorgesehenen 25 000 Tonnen schon in 9 Monaten gefördert. Die Kommissare des Schächts 10 im Worschilow-Werk haben beschlossen, der ukrainischen Parteikonferenz 500 Tonnen Kohle über den Plan zu schenken. Auf Schacht 21/23 Schwarzowka bildeten die Bergarbeiter eine Stoßbrigade namens „17. Parteikonferenz“ und beschlossen, der Parteikonferenz 200 Tonnen Kohle über den Plan zu geben. Im Dzerzinski-Schacht 12 beschlossen die Kommunisten in ihren nächsten 5 freien Tagen freiwillige Mehrarbeit zu leisten.

Zur Vorbereitung der Parteikonferenz wird die Durchführung der Bedingungen Stalins überprüft. In der Anwendung dieser Punkte sind bereits bedeutende Erfolge sichtbar. Seit Ende September ist der Kohrstand um 30 Prozent gestiegen. Gleichzeitig ist die durchschnittliche Tagesförderung seit August in nachstehender Reihenfolge gestiegen: 80 624, 87 133, 113 803 bis 121 100 Tonnen, in Prozenten: von 70,7 bis 84,6 Prozent. Entsprechend sind die Schwierigkeiten in der Fluktuation und im Mangel an Arbeitskräften überwunden worden. Die Zahl der Arbeiter betrug im 3. Quartal 93,1 gegen 77,8 Prozent im 2. Quartal. Um den Beschluß des ZK der KPSU, täglich 140 000 Tonnen Kohle zu fördern, durchzuführen, wird seitens der Partei für den vollständigen Übergang zur Arbeitseнтуhusiasmus, bei gleichzeitiger Lohnerhöhung und Einführung größtmöglicher Maßnahmen zur Erleichterung schwerer Bergarbeiten, wie es in den sechs Bedingungen Stalins vorgesehen ist.

Die Metallarbeiter wollen nicht hinter den Bergarbeitern zurückbleiben, um das zweite hauptsächlichste Kennzeichen der Volkswirtschaft — Metallurgie — im letzten Jahr des Fünfjahresplans zu härten. Die Metallarbeiter des Sibjans haben beschlossen, den Plan für 1932 von 9 auf 10 Millionen Tonnen zu erhöhen. Die Metallarbeiter der Betriebe Tscheljabinsk und Lenin haben den Plan um 10 Prozent überholt, die Belegschaft des Betriebes Kyslow hat 84 000 statt 74 000 Tonnen gefördert. Auch in vielen anderen Metallbetrieben der Ukraine werden ähnliche Beschlüsse gefaßt und Stoßbrigaden gebildet.

# Rücktritt Laval's

Paris, 12. Januar. Das französische Kabinett, das am Dienstag mittag zusammentrat, hat auf Vorschlag des Ministerspräsidenten Laval beschlossen, dem Staatspräsidenten den Rücktrittsgesuch zu unterbreiten.

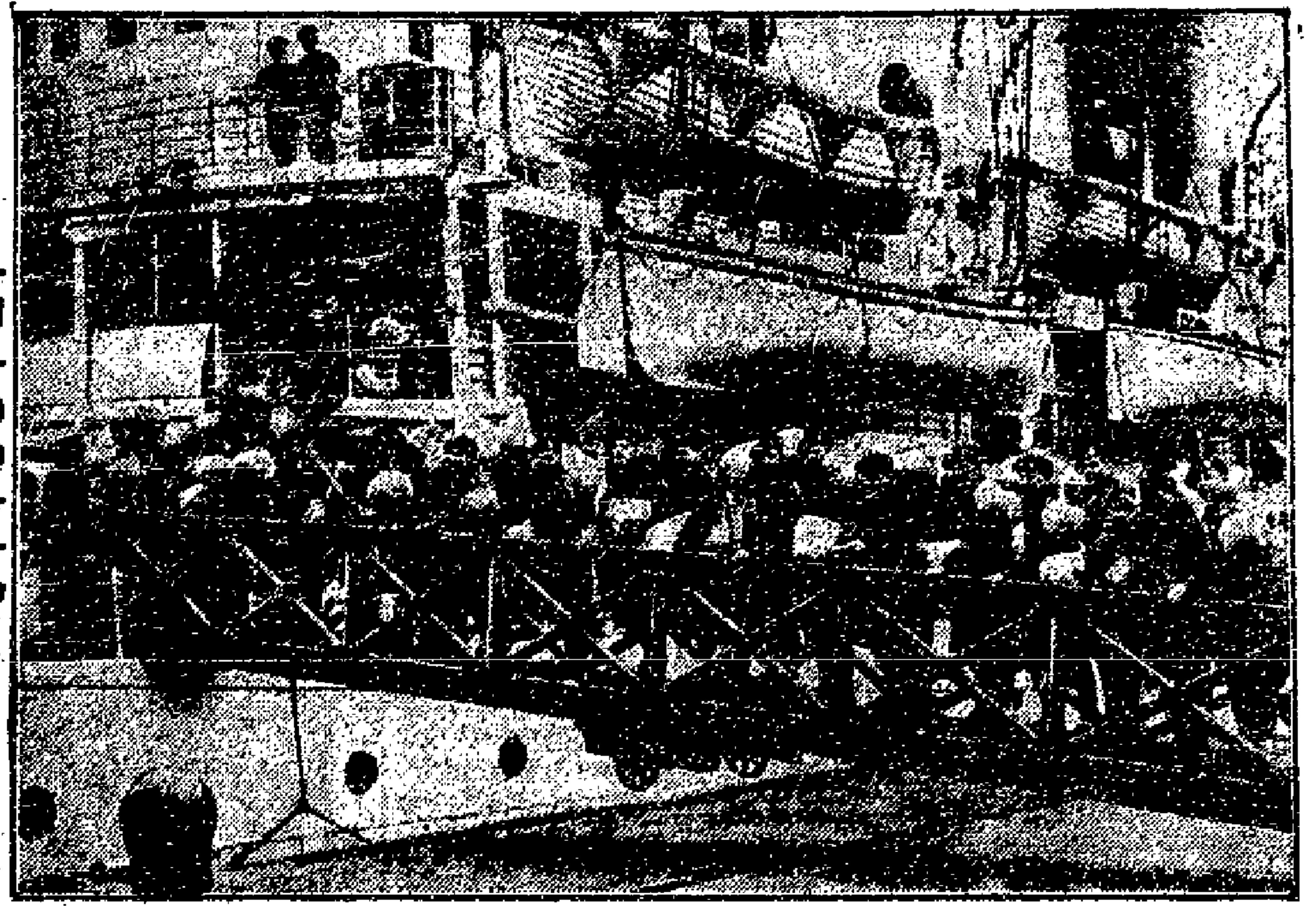
Der Rücktritt Laval's ist eine Folge der im Zusammenhang mit der Erklärung Brüning's aufgetauchten Schwierigkeiten. Laval ist zurückgetreten, um die Basis der Regierungskoalition zu verfestigen und sich eine um so festere Basis zum Kampfe für die Wahrung der Verfassung und Festigung des Youngplans zu sichern.

# Vormarsch der roten Truppen auf Kanton

Schauhschi, 12. Januar. Die roten Truppen haben über die Truppen der Kanton-Regierung einen großen Sieg errungen, mehrere Städte besetzt und den Vormarsch auf Kanton angetreten. Die Kanton-Regierung zieht in aller Eile Truppen zusammen, um den Vormarsch der roten Truppen zum Stillstand zu bringen.

# Macdonalds Krieg gegen das indische Volk

Unser Bild zeigt die Einschiffung neuer Truppen, und zwar Soldaten einer Tankabteilung in Southampton. In Indien veranstalten die neuen Regimenter unter Vorantragung des Union Jack provokatorische Paraden durch die Arbeiterviertel.



# „Die Stunde der Repressalien schlägt“

Frankreich zieht Reichsbankkredit zurück — Brüningregierung auf dem Wege der Unterwerfung

Die französische Regierung hat die Erklärung Brünings zur Reparationsfrage mit der offenen Ankündigung von Repressalien beantwortet. Daraufhin zieht die Brüningregierung den Kredit zurück, schon jetzt den Rückzug anzutreten. Die Telegraphen-Nation verbreitet eine Mitteilung „von zuverlässiger Quelle“, in der es heißt, daß es sich bei dem Interview des Reichskanzlers über die Tribute, nicht um eine Ankündigung der Verträge im Sinne der Verletzung des Youngplans handelt, sondern um eine Neuherausgabe (wie sie ja auch der französische Ministerpräsident Laval gemacht hat), welche die Stellung der deutschen Reichsregierung auf der Lausanner Tagung zu der Frage der Tribute einzunehmen gedente.

Inzwischen haben sich die erbitterten Gegensätze in der Kredit- und Tributfrage weiter zugelegt. Auf der Basis der Sitzung der VZJ. (Bank für internationalen Zahlungsausgleich), die sich mit der Frage der Verlängerung des am 4. Februar ablaufenden 100-Millionen-Dollar-Kredits der Reichsbank befaßte, erklärte der Gouverneur der Bank von Frankreich, Moret, daß Frankreich auf keinen Fall einer Verlängerung dieses Kredits über den 4. März, d. h. über einen Monat nach dem Fälligkeitstermin hinaus zustimmen werde.

Der Verwaltungsrat der VZJ. hatte bekanntlich beschlossen, diesen Kredit nur unter der Bedingung zu verlängern, daß die Notenbanken von England, Frankreich und Amerika, die mit je 25 Millionen Dollar an dem Kredit beteiligt sind, ebenfalls einer Verlängerung zustimmen. Dieser Beschluß wird durch die Erklärung Moret's hinfällig, und damit werden wenigstens 50 Millionen Dollar, d. h. der französische Anteil und der Anteil der VZJ. fällig. Einige englische Blätter kündigen im Falle der faktischen Zurückziehung dieses Kredits einen völligen Zusammenbruch der deutschen Finanzen und der Markwährung an.

Gleichzeitig kommt aus Paris die Meldung, daß die englisch-französischen Verhandlungen über die Reparationsfrage zusammengebrochen sind. Der englische Delegierte Sir Keith-Roß ist bereits nach London abgereist. Eine Einigung kam nicht zustande, da England im Interesse seiner Privatkredite ein längeres Moratorium vorschlägt, während Frankreich hartnäckig darauf besteht, daß der ungeschulte Teil der Reparationen unter allen Umständen gezahlt wird und ein etwaiges Moratorium für den übrigen Teil möglichst kurz beschränkt sei.

Die durch die Brüning-Regierung wahrgenommene chauvinistische Pressenkampagne in Frankreich nimmt immer schärfere Formen an. Die Zeitung „Liberte“ jubelt auf die Nachrichten aus Basel hin: „Die Stunde der Repressalien hat geschlagen“. Die ganze französische Bourgeoispresse ohne Ausnahme ruft in dasselbe Horn.

Der Vorsitzende der „Katholiken“ Partei und ehemalige Ministerpräsident Herriot, ein „Vogel“ nach dem Herzen des „Vorwärts“, erklärte in einem Interview: „Ich kann nicht zulassen, daß die Deutschen, nachdem sie den Versailles-Vertrag, den Dames- und den Youngplan unterzeichnet und formal Verpflichtungen übernommen haben, diese zu umgehen suchen. Unerklärliche Achtung vor den Verträgen, das ist meine Parole. Ich kann nicht zulassen, daß Deutschland sich dauernd seiner Verpflichtungen entzieht. Wir befinden uns Leuten gegenüber, die zahlen können und hätten zahlen können, die aber nicht zahlen wollen.“

# Charbin umzingelt

Mukden, 12. Januar. Charbin ist von den im Süden und Norden ankommenden japanischen Truppen bereits umzingelt.

Die Weisgardisten in Charbin haben die Forderung gestellt, daß neben der chinesischen Polizei eine Polizeitruppe aus russischen Weisgardisten gebildet wird.

Der japanische Kriegsminister hat Pressevertretern gegenüber erklärt, daß eine Einstellung der Kriegsoperationen in China nicht in Frage komme. In der Mandchurie sollen ständige japanische Gendarmerien gebildet werden.

Die japanische Admiralität beabsichtigt, Port Arthur wieder als Flottenstützpunkt gegen etwaige Angriffe Amerikas oder Englands einzurichten. Ein besonderer Ausbruch ist nach Port Arthur entsandt worden, um die Lage zu studieren und Pläne zu entwerfen.

Bei Kintschau kam es zu Kämpfen zwischen verprengten chinesischen und japanischen Truppen.

# Sieben Kommunisten erschossen

Bukarest, 12. Januar. Die rumänische Regierung meldet triumphierend, daß 7 Kommunisten, darunter ein Mädchen, erschossen wurden, angeblich beim Versuch einer Uebersteigerung der rumänisch-jugoslawischen Grenzlinie.

# Aus fünf Erdteilen

Auf den Mazedonierführer Popstboroff wurde in Sofia ein Anschlag verübt. Er wurde aus einem Fenster mit zwei automatischen Gewehren erschossen, konnte jedoch unverletzt entkommen. Der Mazedonier Tohschiff wurde durch sieben Revolverkugeln getötet.

In Budapest wurden 40 Kommunisten verhaftet, die angeblich eine „Agitation gegen Stills für einen Roten Tag am 13. Januar“ getrieben hätten.

# Preussische Notverordnung soll bleiben!

Beamtenauschuß des Landtags gegen jede Milderung der Notverordnung — Nur die SPD. für die unteren und mittleren Beamten

Im Beamtenauschuß des preussischen Landtags wurde am Montag und Dienstag eine Anzahl Anträge, die eine Milderung der preussischen Notverordnung vom 12. September 1931 — keine Schlechterstellung von Beamten und Beamterinnen gegenüber den Reichsbeamten, keine Senkung der Löhne und Gehälter der Staatsarbeiter und Angestellten unter den Stand vom 10. Januar 1927 — forderten, beraten.

Für die kommunistische Fraktion sprach Genosse Kasper, der die Demagogie der Notverordnungsgegner anprangerte. Diese Parteien haben durch ihr Verhalten verhindert, daß der kommunistische Antrag auf völlige Aufhebung der Notverordnung überhaupt nur im Landtage verhandelt würde. Auch jetzt wollen diese Parteien keine Verringerung der Notverordnung, sondern versuchen, die Beamten durch schöne Redensarten zu trösten.

Wie recht Genosse Kasper hatte, zeigte die Erklärung der Preussenregierung, die Staatssekretär Schleichner abgab. Der Staatssekretär sagte, die Preussenregierung habe die Notverordnung nicht aus eigenem Entschluß, sondern als verlängerte

Arm der Brüningregierung erlassen. Die Regierung müsse darum auch alle vom Landtag angenommenen Anträge auf Milderung der Notverordnung ablehnen.

Aus der Diskussion verdient noch hervorgehoben zu werden, daß die SPD.-Redner versuchten, von der preussischen Besoldungsordnung, die von der SPD.-Regierung mit Hilfe der SPD.-Fraktion geschaffen wurde, abzulenken.

Aus dem Verhalten aller Parteien im Beamtenauschuß läßt sich erkennen, daß nur die kommunistische Partei ihre Interessen vertritt, und daß es darum notwendig ist, sich in die rote Einheitsfront unter Führung der SPD. einzureihen.

# Nazi nicht SPD.-Arbeiter nieder

Erfurt, 12. Januar. In Alfenberg (Thüringen) kam ein sozialdemokratischer Arbeiter mit einem Nazi in eine Diskussion. Der Nazi zog ein Messer und suchte den sozialdemokratischen Arbeiter nieder. Der Täter ist geflüchtet.